

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Hans Böhler MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen, würdigt die Aufnahme der Arbeit der Ständigen Vertretungen vor zehn Jahren: Beitrag zu mehr Normalität.
Seite 1

Kurt Hirsch verbindet die Erinnerung an Oskar Maria Graf und den Mai 1933 mit einer Mahnung vor dem Neozisimus: Rechtsextremisten aktiver den je.
Seite 2

Fritz Gerstl MdB und Walter Kolbow MdB begründen eine Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion: Wie ist die soziale Lage der Soldaten?
Seite 5

39. Jahrgang / 82

27. April 1984

Ein Beitrag zu mehr Normalität

Am 2. Mai vor zehn Jahren nahmen die Ständigen Vertretungen ihre Arbeit auf

Von Hans Böhler MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen

Am 2. Mai 1974 wurden in Bonn und in Ostberlin die Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR, Staatssekretär Günter Gaus, und der der DDR bei der Bundesrepublik Deutschland, Staatssekretär Dr. Michael Kohl, akkreditiert.

Eine wichtige Vereinbarung des Grundlagenvertrages von 1972 wurde damit realisiert, der Vertrag ein Stück mit Leben erfüllt.

In den zehn Jahren, die inzwischen vergangen sind, haben die Ständigen Vertretungen einen Beitrag zu mehr Normalität und zur Entwicklung gut-nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten geleistet.

An den seither entstandenen Verträgen, Vereinbarungen und Protokollen waren die Ständigen Vertreter beteiligt. Die SPD hat allen Anlaß, den bisherigen Ständigen Vertretern, Günter Gaus und Klaus Bölling, dem Amtsinhaber Hans Otto Bräutigam und den Mitarbeitern der Vertretung in Ostberlin für sachkundigen Rat, Hilfeleistungen in humanitären Fragen und viele unspektakuläre, aber umso wichtigere Maßnahmen zu danken.

Dazu zählen auch die zahlreichen Hilfen in Fällen, wo die DDR bereisende Bundesbürger Probleme - zum Beispiel durch Verkehrsunfälle - haben, die Hilfen in Angelegenheiten der Familienzusammenführung, in Fragen des Reiseverkehrs oder bei der Betreuung von Häftlingen. Dies sind Maßnahmen, die den Menschen zugute kommen.

Die Ständigen Vertretungen erfüllen die Erwartungen, die wir damals in sie gesetzt haben und sind als Instrumente der Deutschlandpolitik, deren Grundlagen die Sozialdemokraten geschaffen haben, nicht mehr wegzudenken.

(-/27.4.1984/ks/rs)

Verlagsgesellschaft
des Sozialdemokratischen
Pressedienstes



Ein Schriftsteller will verbrannt werden

Eine Erinnerung an Oskar Maria Graf und den Mai 1933 als Mahnung für unsere Zeit

Von Kurt Hirsch

Im Mai 1933, als die Intellektuellen Repräsentanten des Bürgertums in Deutschland, Professoren und Schriftsteller, in ihrer Mehrheit kapitulierten, und viele, zu viele, glaubten, sich mit einem Regime arrangieren zu müssen, das damals schon Bücher und später Menschen verbrannte, schämte sich einer, daß seine Bücher nicht verbrannt wurden. Als "achtundachtzig deutsche Schriftsteller durch ihre Unterschrift dem Reichskanzler Adolf Hitler ... das Gelöbnis treuester Gefolgschaft" zusicherten, stand einer auf.

Oskar Maria Graf, der eng mit der Arbeiterbewegung verbundene bayerische Schriftsteller, appellierte von Wien aus an den Chefpropagandisten Goebbels: "Verbrennt mich!", empört, auf der schwarzen "Ehrenliste" zu fehlen.

Graf schrieb damals:

"Wie fast alle linksgerichteten, entschieden sozialistischen Geistigen in Deutschland habe ich etliche Segnungen des neuen Regimes zu spüren bekommen: Während meiner zufälligen Abwesenheit aus München erschien die Polizei in meiner dortigen Wohnung, um mich zu verhaften. Sie beschlagnahmte einen großen Teil unwiederbringlicher Manuskripte, mühsam zusammengetragenes Quellenstudienmaterial, meine sämtlichen Geschäftspapiere und einen großen Teil meiner Bücher. Das alles harrt nun der wahrscheinlichen Verbrennung. Ich habe also mein Heim, meine Arbeit und - was vielleicht am schlimmsten ist - die heimatliche Erde verlassen müssen, um dem Konzentrationslager zu entgehen. Die schönste Überraschung aber ist mir erst jetzt zuteil geworden: Laut 'Berliner Börsencourier' stehe ich auf der 'weißen Autorenliste' des neuen Deutschlands, und alle meine Bücher, mit Ausnahme meines Hauptwerkes 'Wir sind Gefangene', werden empfohlen: Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des 'neuen' deutschen Geistes zu sein!

Vergebens frage ich mich: Womit habe ich diese Schmach verdient?

Das 'Dritte Reich' hat fast das ganze deutsche Schrifttum von Bedeutung ausgestoßen, hat sich losgesagt von der wirklichen deutschen Dichtung, hat die größte Zahl seiner wesentlichsten Schriftsteller ins Exil gejagt und das Erscheinen ihrer Werke in Deutschland unmöglich gemacht. Die Ahnungslosigkeit einiger wichtigtuerischer Konjunkturschreiber und der hemmungslose Vandalismus der augenblicklich herrschenden Gewalthaber versuchen all das, was von unserer Dichtung und Kunst Weltgeltung hat, auszurotten und den Begriff "deutsch" durch engstirnigsten Nationalismus zu ersetzen. Ein Nationalismus, auf dessen Eingebung selbst die geringste freiheitliche Regung unterdrückt wird, ein Nationalismus, auf dessen Befehl alle meine aufrechten sozialistischen Freunde verfolgt, eingekerkert, gefoltert, ermordet oder aus Verzweiflung in den Freitod getrieben werden.

Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschsein nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen 'Geistigen' zu beanspruchen, mich auf ihre sogenannte 'weiße Liste' zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!



Diese Unehre habe ich nicht verdient!

Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen.

Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selber wird unauslöschlich sein wie eure Schmach!

Alle anständigen Zeitungen werden um Abdruck dieses Protestes ersuchen.

Oskar Maria Graf."

Was hat Goebbels bewogen, die Werke eines Autors zu "verschonen", der sein ganzes politisches und literarisches Leben konsequent auf Seiten der Linken stand, der immer Partei für die Schwachen nahm, auf deren Kosten es Starke gab? Oscar Maria Graf mit seiner großen Beliebtheit und Volkstümlichkeit sollte den Nazis als ein Bindeglied zur Arbeiterschaft dienen, derer man sich nicht so sicher war und die man aus ihrer Verbundenheit mit den Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung herauslösen wollte. Ihren Schriftsteller vereinnahmend hochhalten und gleichzeitig ihre Organisationen zerschlagen und ihre Funktionäre ermorden, war die Strategie von Zuckerbrot und Peitsche.

Zuerst war es die organisierte Besetzung und Plünderung von Gewerkschaftshäusern, die wie spontane Aktionen einzelner Gruppen aussehen sollten, später kamen die Gesetze, die die faktisch schon vollzogene Entmachtung der Arbeiterorganisationen "legalisierten". Gesetze, an deren Entwurf nicht nationalsozialistische, sondern eher konservative Staatsrechtler ihren Anteil hatten, wie am "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", vom 20. Januar 1934. Darin heißt es:

"Paragraph 1 Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.

Paragraph 2 (1) Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten, soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.

(2) Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten...

Paragraph 6 (1) Der Vertrauensrat hat die Pflicht, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.

(2) Der Vertrauensrat hat die Aufgabe, alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Festsetzung von Bußen auf Grund der Betriebsordnung zu hören."

Es gibt zwar heute keine Gesetze solchen Inhalts, auch keine Schlägertrupps, die sie unaufgefordert in blutige Praxis umsetzen, und Bücher werden auch nicht verbrannt.



Die Naziparolen von der "Volksgemeinschaft", der "Nation im Gleichschritt", mit der diese ihre nicht eingelösten sozialen Versprechungen übertünchten, sind verschwunden, aber die Ideologie vom "gemeinsamen Boot" funktioniert immer noch. Je stärker die ökonomischen und politischen Gegensätze werden, umso unermüdlicher und platter wird sie propagiert. "Formierte Gesellschaft" oder "Konzertierte Aktion" - immer geht es um die Verschleierung der tatsächlichen Gegensätze, mit dem Ziel, durch den Brei diffuser "Gemeinsamkeit" die Kraft zur Selbstbehauptung der Arbeiter, Angestellten und ihrer Organisationen zu schwächen und ihren Blick für die objektiven Verhältnisse zu trüben.

Das Blatt der jungen Unternehmer leistete sich neulich den Satz: "Die Gewerkschaften operierten im rechtlichen Niemandsland." Der ideologische Bogen ist weit, er reicht von "Bild", über die einzelbetrieblichen Sonderregelungen zur Entzweiung der Arbeiterschaft untereinander bis zur offenen Drohung mit der Aussperrung - alles natürlich zum "Wohle des Ganzen", und im Sinne der "Sozialpartnerschaft".

Gewerkschaften werden gefälschte Flugblätter unterschoben, um sie leichter diffamieren zu können, unliebsame Schriftsteller und Dichter werden heute "nur noch" vom Geheimdienst überwacht und diskriminiert, Bücher wie zum Beispiel "Bikini oder die Bombardierung der Engel" (Bericht über die Atombombenabwürfe auf das Bikini-Atoll und deren Folgen) wegen des Verdachtes pornographischer Tendenzen (!) willkürlich aus Bibliotheken entfernt. Razzias durch Buchläden wie jüngst in München auf der Suche nach Unsittlichem, gibt es auch schon wieder. Kinobesitzer, deren Räume demoliert und angezündet worden sind, ohne daß sich die Polizei fähig und willens gezeigt hätte einzugreifen, getrauen sich nicht mehr, antifaschistische Filme zu zeigen. Die Zensur floriert allenthalben, und die Selbstzensur schleicht sich in die Köpfe ein.

Und noch eines: Es gibt auch heute wieder rechtsradikale und rechtskonservative Kreise, die auf dem Hintergrund der ökonomischen Krise Minderheitenhetze betreiben, heute gegen die Ausländer, um die Menschen auf einen "Sündenbock" zu orientieren und gleichzeitig versuchen, jene die Arbeit haben gegen die Arbeitslosen auszuspielen und umgekehrt.

(-/27.4.1984/ks/rs)

+ + +



Wie ist die soziale Lage der Soldaten?

Die SPD verlangt von der Bundesregierung, diese Frage endlich realistisch zu beantworten

Von Fritz Gerstl MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion und

Walter Kolbow MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die soziale Lage der Bundeswehrsoldaten und ihrer Familien hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert.

Das letzte Weißbuch zum Thema "Soziale Lage" aus dem Jahre 1979 stammt von der sozialliberalen Koalition. Das jüngste Weißbuch der Bundesregierung befaßt sich ausschließlich mit der sicherheitspolitischen Problemlage und der Strategiediskussion innerhalb der NATO.

Die These der Bundesregierung, daß in den Streitkräften der Mensch im Mittelpunkt stehe, findet damit in der regierungsamtlichen Verlautbarung keinen Niederschlag.

Grund genug für die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in ihrer Großen Anfrage Aufklärung über entscheidende Problemlagen der Bundeswehr zu verlangen.

Neben der Qualität der Ausrüstung spielen die Arbeitsbedingungen die entscheidende Rolle für ständige Einsatzbereitschaft. Die Diskussion um die Bundeswehr darf diesen Bereich nicht ausklammern.

Aus dieser politischen Motivation resultieren vor allem folgende Problemlagen und Fragenkataloge:

1. Die Bundeswehr steht vor großen Personaldefiziten. Für die erwarteten geburten-schwachen Jahrgänge gilt es die Attraktivität für Zeitsoldaten über die Einführung von Verpflichtungsprämien und eine Absicherung gegen drohende Arbeitslosigkeit zu erhöhen.
2. Das alte Problem des Verwendungstaus in der Bundeswehr muß über die Neufestlegung von Altersgrenzen, über Vorruhestandsmodelle und über zusätzliche Planstellen - schon im Haushalt des Jahres 1985 - in Angriff genommen werden.



3. Jährlich werden zwischen 9.000 und 12.000 Versetzungen von Soldaten durchgeführt. Dies bedeutet eine zum Teil dramatische Belastung der Ehegatten und außerordentliche Belastungen der Kinder im schulischen Bereich. Wir fordern aus diesem Kontext eine zweite Familienheimfahrt für die betroffenen Soldaten und verstärkte finanzielle Hilfen für konkrete Schulprobleme der Kinder.
4. Offen ist noch immer eine Antwort der Bundesregierung zum interfraktionellen Entschließungsantrag des Verteidigungsausschusses vom 10. März 1983, der auffordert, zu Dienstzeitbelastung in den Streitkräften Stellung zu nehmen. Eine gesetzliche Dienstzeitregelung für Soldaten ist lange überfällig.
5. Noch immer gibt es keine ausreichende Wehrgerechtigkeit. Der letzte Bericht des Wehrbeauftragten wies nochmals eindringlich auf die Umgehung beziehungsweise Aushöhlung des Arbeitsplatzschutzgesetzes hin. Noch immer werden, auch im Bereich der Bundesbehörden, die Bestimmungen des Arbeitsplatzschutzgesetzes unterlaufen und jungen Männern bis zum Einberufungstermin lediglich Zeitverträge gewährt.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung große Versprechungen für die Bundeswehr gemacht. Sein angeschlagener Verteidigungsminister hätte allen Grund im sozialen Umfeld der Soldaten tätig zu werden. Doch sind weder Ansätze noch konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten in Sicht.

Sinn unserer Großen-Anfrage ist es, Klarheit über die Absichten der Bundesregierung zu verlangen.

Wir fordern die soziale Gleichbehandlung der Soldaten und ihrer Familien.

Zur Verteidigungsbereitschaft gehört eben nicht nur die bedingungslose Gefolgschaft an eine Führungsmacht und die ausschließliche Modernisierung von Waffensystemen.

(-/27.4.1984/ks/rs)

+ + +

